V-Print GmbH · AGB ·

Verkaufs-, Liefer- und Leistungsbedingungen

V-Print GmbH | Fassung vom 02.11.2026

§ 1 Geltungsbereich und Vertragsgrundlagen

(1) Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) gelten ausschließlich gegenüber Unternehmern im Sinne von § 14 BGB, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtlichen Sondervermögen für alle Angebote, Lieferungen und Leistungen der V-Print GmbH (nachfolgend „wir“). Verbraucherverträge werden nicht auf Grundlage dieser AGB geschlossen.

(2) Die AGB gelten für die Lieferung von Waren einschließlich von uns beschaffter und bedruckter Erzeugnisse sowie für Druck-, Bearbeitungs- und sonstige Werkleistungen an vom Auftraggeber gestellten Gegenständen. Die rechtliche Einordnung des jeweiligen Vertrags und zwingende gesetzliche Vorschriften bleiben unberührt.

(3) Abweichende oder ergänzende Geschäftsbedingungen des Auftraggebers werden nur Vertragsbestandteil, wenn wir ihrer Geltung ausdrücklich zustimmen. Individuelle Vereinbarungen haben Vorrang.

(4) Diese AGB gelten auch für künftige gleichartige Geschäftsbeziehungen, sofern sie bei Vertragsschluss wirksam einbezogen wurden.

§ 2 Angebote, Vertragsschluss, Unterlagen

(1) Unsere Angebote sind freibleibend, sofern sie nicht ausdrücklich als verbindlich bezeichnet sind. Ein Vertrag kommt durch unsere Auftragsbestätigung in Textform oder durch Ausführung des Auftrags zustande.

(2) Für Art, Umfang, Stückzahl, Material, Druckverfahren, Qualitätsmerkmale und Termine sind die ausdrücklich vereinbarten Leistungsbeschreibungen und die Auftragsbestätigung maßgeblich. Änderungen bedürfen einer Vereinbarung.

(3) Angeboten, Zeichnungen, technischen Unterlagen, Druckdaten, Mustern und sonstigen von uns erstellten Unterlagen behalten wir uns die bestehenden Eigentums-, Nutzungs- und Schutzrechte vor. Eine Weitergabe an Dritte bedarf unserer Zustimmung, soweit nicht anders vereinbart.

§ 3 Preise und Zahlungsbedingungen

(1) Soweit nicht anders vereinbart, verstehen sich unsere Preise ab unserem Betrieb (EXW, Incoterms® 2020, soweit für den jeweiligen Vertrag sachgerecht), einschließlich üblicher Verpackung, zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer sowie gesondert vereinbarter Fracht-, Zoll- und Nebenkosten. Maßgeblich ist die Auftragsbestätigung.

(2) Rechnungen sind, soweit nichts anderes vereinbart ist, innerhalb von 30 Kalendertagen nach Rechnungsdatum und Erbringung der geschuldeten Leistung ohne Abzug fällig. Gesetzliche Verzugsrechte bleiben unberührt.

(3) Die Aufrechnung mit Gegenforderungen ist zulässig, soweit diese unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind; gesetzlich zwingende Aufrechnungsrechte bleiben unberührt. Zurückbehaltungsrechte können wegen Ansprüchen aus demselben Vertragsverhältnis geltend gemacht werden.

(4) Werden nach Vertragsschluss Umstände bekannt, die unseren Vergütungsanspruch wegen mangelnder Leistungsfähigkeit des Auftraggebers gefährden, gelten die gesetzlichen Rechte, insbesondere § 321 BGB.

(5) Bei Auftragswerten unter 250,00 EUR netto berechnen wir einen Kleinstmengenzuschlag von 25,00 EUR netto, sofern dieser vor Vertragsschluss vereinbart beziehungsweise in das Angebot einbezogen wurde.

§ 4 Mitwirkung, Druckdaten und gestelltes Material

(1) Der Auftraggeber stellt vereinbarte Druckdaten, Zeichnungen, Farbvorgaben, Freigaben und beizustellende Teile rechtzeitig, vollständig und in verarbeitungsfähigem Zustand zur Verfügung. Verzögerungen und nachweisbare Mehrkosten aufgrund fehlender oder fehlerhafter Mitwirkung richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften und getroffenen Vereinbarungen. V-Print GmbH · AGB ·

(2) Bei vom Auftraggeber gestelltem Material ist dieser für dessen vereinbarte Beschaffenheit, die Richtigkeit seiner Angaben sowie die Eignung für den vorgesehenen Verwendungszweck verantwortlich, soweit die Eignungsprüfung nicht ausdrücklich zu unserem Leistungsumfang gehört. Unsere gesetzlichen Prüf-, Schutz- und Hinweispflichten bleiben unberührt.

(3) Für Schäden oder Druckmängel, die nachweislich ausschließlich auf bereits vorhandene Materialfehler, Verunreinigungen, Vorbehandlungen oder unzutreffende Angaben des Auftraggebers zurückzuführen sind und von uns nicht zu vertreten sind, haften wir nicht. Eine Haftung für eigene Pflichtverletzungen wird dadurch nicht ausgeschlossen.

(4) Der Auftraggeber sichert zu, zur Verwendung der übermittelten Druckdaten, Motive und Kennzeichen berechtigt zu sein. Bei berechtigten Ansprüchen Dritter wegen vom Auftraggeber vorgegebener Inhalte stellt er uns nach den gesetzlichen Voraussetzungen von daraus entstehenden Schäden und notwendigen Kosten frei, soweit er die Rechtsverletzung zu vertreten hat.

§ 5 Muster, Freigaben und Qualitätsvereinbarungen

(1) Soweit vereinbart, dienen schriftlich oder in Textform freigegebene Muster, Grenzmuster und Zeichnungen als Grundlage der geschuldeten Beschaffenheit. Abweichungen sind nur innerhalb ausdrücklich vereinbarter oder branchenüblich zulässiger Toleranzen hinzunehmen, soweit dadurch die vertraglich vorausgesetzte Verwendung nicht beeinträchtigt wird.

(2) Farbton, Glanz, Druckposition, Deckkraft, Haftfestigkeit, chemische und mechanische Beständigkeit sowie Einsatzbedingungen sind vor Auftragsausführung zu spezifizieren, wenn sie für den Verwendungszweck wesentlich sind. Eine besondere Beständigkeit oder Eignung für einen speziellen Einsatz wird nur geschuldet, wenn sie vereinbart ist oder sich aus dem vertraglich vorausgesetzten Gebrauch ergibt.

(3) Eine Musterfreigabe entbindet uns nicht von der Verantwortung für nachfolgende Abweichungen von der vereinbarten Beschaffenheit oder für von uns zu vertretende Mängel.

(4) Produktionsbedingte Anlaufteile, Ausschussquoten oder Mehr-/Mindermengen gelten nur im ausdrücklich vereinbarten Umfang als akzeptiert.

§ 6 Liefertermine, Versand und Gefahrübergang

(1) Liefertermine sind nur verbindlich, wenn sie ausdrücklich als verbindlich vereinbart wurden. Die gesetzlichen Voraussetzungen des Verzugs und die gesetzlichen Rechte des Auftraggebers bleiben unberührt.

(2) Höhere Gewalt und andere bei Vertragsschluss nicht vorhersehbare, von uns nicht zu vertretende Ereignisse, die die Leistung wesentlich erschweren oder vorübergehend unmöglich machen, verlängern vereinbarte Leistungsfristen angemessen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Wir informieren den Auftraggeber unverzüglich über wesentliche Verzögerungen. Gesetzliche Rücktritts- und Kündigungsrechte bleiben unberührt.

(3) Lieferort, Versand, Transportkosten und Gefahrübergang richten sich nach der jeweiligen Vereinbarung und den für die Vertragsart geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Die Vereinbarung EXW gilt nur, soweit sie wirksam und sachlich einschlägig ist.

(4) Teillieferungen und Teilabrechnungen sind zulässig, soweit sie dem Auftraggeber zumutbar sind. Bei Annahmeverzug oder unterlassener Mitwirkung gelten die gesetzlichen Ansprüche auf Ersatz notwendiger Mehraufwendungen.

§ 7 Untersuchung und Mängelanzeige

(1) Soweit § 377 HGB auf den jeweiligen Vertrag Anwendung findet, hat der Auftraggeber die Ware unverzüglich nach Ablieferung im nach ordnungsgemäßem Geschäftsgang tunlichen Umfang zu untersuchen und erkennbare Mängel unverzüglich zu rügen. Nicht bei ordnungsgemäßer Untersuchung erkennbare Mängel sind unverzüglich nach ihrer Entdeckung zu rügen. Bei unterbliebener oder verspäteter Rüge gilt die Ware nach Maßgabe des § 377 HGB als genehmigt. Die gesetzlichen Ausnahmen, insbesondere bei Arglist, bleiben unberührt.

(2) Der Auftraggeber hat die Ware vor einer Weiterverarbeitung, Montage oder Verwendung in angemessenem Umfang zu kontrollieren. Eine Beanstandung soll unter Angabe der Auftragsnummer, Charge, Stückzahl, Fehlerbeschreibung und nach Möglichkeit mit Bildnachweisen in Textform erfolgen. Die Textform ist keine ausschließliche Wirksamkeitsvoraussetzung einer nach § 377 HGB zulässigen Rüge. V-Print GmbH · AGB ·

(3) Bei Werkleistungen an vom Auftraggeber gestellten Teilen zeigen wir die Fertigstellung an und stellen das Werk zur Abnahme bereit. Der Auftraggeber ist zur Abnahme des vertragsgemäß hergestellten Werks verpflichtet; wegen unwesentlicher Mängel darf die Abnahme nicht verweigert werden. Die gesetzlichen Regelungen, insbesondere § 640 BGB, bleiben maßgeblich.

(4) Nach Fertigstellung können wir dem Auftraggeber eine angemessene Frist zur Abnahme setzen. Die gesetzlichen Folgen einer nicht innerhalb dieser Frist unter Angabe mindestens eines Mangels

verweigerten Abnahme bestimmen sich nach § 640 Abs. 2 BGB. Eine Abnahmefiktion allein durch den Ablauf einer pauschalen Vierwochenfrist wird nicht vereinbart.

(5) Beanstandungen sollen aus Gründen der zügigen Bearbeitung möglichst innerhalb von vier Wochen nach Wareneingang beziehungsweise Abnahme mitgeteilt werden. Diese organisatorische Frist verlängert weder die unverzügliche Rügepflicht nach § 377 HGB noch verkürzt sie gesetzlich bestehende Rechte bei verdeckten Mängeln oder Werkleistungen. Eine eigenständige Ausschlussfrist für sämtliche Mängel wird hierdurch nicht begründet.

§ 8 Mängelrechte und Nacherfüllung

(1) Für berechtigte Mängel gelten die gesetzlichen Mängelrechte, soweit diese Bedingungen wirksam etwas anderes vorsehen. Eine zusätzliche Beschaffenheits- oder Haltbarkeitsgarantie übernehmen wir nur aufgrund ausdrücklicher, als Garantie bezeichneter Vereinbarung.

(2) Bei kaufrechtlichen Verträgen können wir die Art der Nacherfüllung nach den gesetzlichen Voraussetzungen, insbesondere § 439 Abs. 4 BGB, verweigern. Bei Werkverträgen wählen wir gemäß § 635 Abs. 1 BGB zwischen Beseitigung des Mangels und Herstellung eines neuen Werks.

(3) Der Auftraggeber hat uns die Prüfung des behaupteten Mangels und eine angemessene Gelegenheit zur Nacherfüllung zu ermöglichen. Gesetzliche Rechte bei Fehlschlagen, Unzumutbarkeit, Entbehrlichkeit einer Fristsetzung oder zulässiger Selbstvornahme bleiben unberührt.

(4) Ohne vorherige Abstimmung beauftragte Fremdnacharbeiten begründen für sich allein keinen Erstattungsanspruch gegen uns. Zwingende gesetzliche Selbstvornahme-, Aufwendungsersatz- und Schadensersatzrechte bleiben unberührt.

(5) Ein Rücktritt wegen unerheblicher Pflichtverletzung ist nach Maßgabe von § 323 Abs. 5 Satz 2 BGB ausgeschlossen. Andere Mängelrechte werden dadurch nicht pauschal ausgeschlossen.

(6) Bei beigestellten Teilen schulden wir die vereinbarte Bearbeitung, nicht die Herstellung oder Garantie einer bestimmten Beschaffenheit des Grundmaterials. Unsere eigenen Prüf-, Hinweis- und Leistungspflichten bleiben unberührt.

§ 9 Haftung

(1) Wir haften unbeschränkt für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit, für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, nach dem Produkthaftungsgesetz, bei Arglist sowie im Umfang einer ausdrücklich übernommenen Garantie.

(2) Bei einfacher Fahrlässigkeit haften wir im Übrigen nur bei Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht (Kardinalpflicht), deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Auftraggeber regelmäßig vertrauen darf. In diesem Fall ist die Haftung auf den bei Vertragsschluss vorhersehbaren, vertragstypischen Schaden begrenzt.

(3) Im Übrigen ist die Haftung für Schäden aus einfacher Fahrlässigkeit ausgeschlossen, soweit gesetzlich zulässig. Die vorstehenden Beschränkungen gelten auch zugunsten unserer gesetzlichen Vertreter, Mitarbeiter und Erfüllungsgehilfen.

(4) Eine Begrenzung unserer Haftung allein auf bestehende Versicherungssummen oder auf tatsächlich ausgezahlte Versicherungsleistungen erfolgt nicht. Zwingende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

§ 10 Verjährung

(1) Die Verjährungsfrist für vertragliche Mängelansprüche beträgt bei neuen beweglichen Sachen und bei Werkleistungen grundsätzlich ein Jahr ab dem jeweiligen gesetzlichen Verjährungsbeginn, soweit eine solche Verkürzung im konkreten Vertragsverhältnis wirksam zulässig ist. V-Print GmbH · AGB ·

(2) Die Verkürzung gilt nicht für Ansprüche wegen Vorsatzes, grober Fahrlässigkeit, Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, Arglist, einer übernommenen Garantie, Ansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz oder Fälle zwingend vorgeschriebener längerer Verjährungsfristen, insbesondere soweit gesetzlich einschlägige Bauwerks- oder Baustoffregelungen betroffen sind.

(3) Für Schadensersatzansprüche aus der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten bei einfacher Fahrlässigkeit gelten die gesetzlichen Verjährungsfristen, soweit eine Verkürzung unzulässig wäre. Gesetzliche Hemmung und Neubeginn der Verjährung bleiben unberührt.

§ 11 Eigentumsvorbehalt

(1) An von uns verkauften Waren behalten wir uns bis zur vollständigen Bezahlung sämtlicher gegenwärtiger und künftiger Forderungen aus der laufenden Geschäftsbeziehung das Eigentum vor, soweit gesetzlich zulässig. Für vom Auftraggeber beigestellte Waren gilt dieser Eigentumsvorbehalt nicht.

(2) Der Auftraggeber darf Vorbehaltsware im ordnungsgemäßen Geschäftsgang weiterveräußern. Die daraus entstehenden Forderungen tritt er uns bereits jetzt in Höhe des Rechnungswerts der Vorbehaltsware zur Sicherheit ab; wir nehmen die Abtretung an. Gesetzliche Grenzen und Rechte Dritter bleiben unberührt.

(3) Der Auftraggeber bleibt bis auf Widerruf zur Einziehung abgetretener Forderungen berechtigt. Bei Zahlungsverzug oder sonstiger wesentlicher Gefährdung unserer Ansprüche können wir nach den gesetzlichen Voraussetzungen die Einziehung selbst vornehmen.

(4) Übersteigt der realisierbare Wert der Sicherheiten die gesicherten Forderungen um mehr als 10 %, geben wir auf Verlangen Sicherheiten nach unserer Wahl frei.

(5) Verarbeitung, Verbindung und Vermischung von Vorbehaltsware richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften; etwaige zusätzliche Sicherungsabreden bedürfen gesonderter Prüfung.

§ 12 Schlussbestimmungen

(1) Es gilt deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG), soweit dessen Ausschluss zulässig ist.

(2) Ist der Auftraggeber Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist Wetzlar Gerichtsstand, soweit eine solche

Gerichtsstandsvereinbarung gesetzlich zulässig ist. Wir dürfen auch am allgemeinen Gerichtsstand des Auftraggebers klagen.

(3) Änderungen und Ergänzungen bedürfen keiner strengeren Form als gesetzlich vorgeschrieben; individuelle Abreden haben Vorrang. Sollte eine Bestimmung unwirksam sein, gelten an ihrer Stelle die gesetzlichen Vorschriften. Die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen richtet sich nach § 306 BGB.

V-Print GmbH | English GTC | 02 November 2026

Terms and Conditions of Sale, Delivery, and Service

V-Print GmbH | Revised November 2, 2026

§ 1 Scope of Application and Basis of the Contract

(1) These General Terms and Conditions (GTC) apply exclusively to business customers as defined in § 14 of the German Civil Code (BGB), legal entities under public law, and special funds under public law for all offers, deliveries, and services provided by V-Print GmbH (hereinafter “we”). Consumer contracts are not concluded on the basis of these GTC.

(2) The GTC apply for the delivery of goods, including products procured and printed by us, as well as to printing, processing, and other work performed on items provided by the client. The legal classification of the respective contract and mandatory statutory provisions remain unaffected.

(3) Any deviating or supplementary terms and conditions of the client shall only become part of the contract if we expressly agree to their validity. Individual agreements take precedence.

(4) These General Terms and Conditions also apply to future business relationships of a similar nature, provided they were effectively incorporated at the time the contract was concluded.

§ 2 Offers, Conclusion of Contract, Documentation

(1) Our offers are subject to change unless they are expressly designated as binding. A contract is concluded upon our order confirmation in text form or upon performance of the order.

(2) The expressly agreed-upon specifications and the order confirmation shall govern the type, scope, quantity, material, printing process, quality characteristics, and deadlines. Any changes require an agreement.

(3) We reserve all existing rights of ownership, use, and intellectual property rights in and to offers, drawings, technical documents, print data, samples, and other documents prepared by us. Disclosure to third parties requires our consent, unless otherwise agreed.

§ 3 Prices and Terms of Payment

(1) Unless otherwise agreed, our prices are quoted ex works (EXW, Incoterms® 2020, to the extent applicable to the respective contract), including standard packaging, plus applicable value-added tax (VAT) and separately agreed freight, customs, and incidental costs. The order confirmation shall govern.

(2) Unless otherwise agreed, invoices are due without deduction within 30 calendar days of the invoice date and the performance of the service owed. Statutory rights arising from default remain unaffected.

(3) Set-off against counterclaims is permitted provided such counterclaims are undisputed or have been established by a final and binding court decision; mandatory statutory rights of set-off remain unaffected. Rights of retention may be asserted based on claims arising from the same contractual relationship.

(4) If, after the conclusion of the contract, circumstances become known that jeopardize our claim for payment due to the client's inability to pay, the statutory rights shall apply, in particular Section 321 of the German Civil Code (BGB).

(5) For order values under 250.00 EUR net, we charge a small-quantity surcharge of 25.00 EUR net, provided this was agreed upon prior to the conclusion of the contract or included in the offer.

§ 4 Cooperation, Print Data, and Materials Provided

(1) The Client shall provide the agreed-upon print data, drawings, color specifications, approvals, and parts to be supplied in a timely manner, in full, and in a form suitable for processing. Delays and demonstrable additional costs resulting from a lack of or defective cooperation shall be governed by statutory provisions and the agreements entered.

(2) In the case of materials provided by the Client, the Client is responsible for their agreed-upon quality, the accuracy of the information provided, and their suitability for the intended purpose, unless testing for suitability is expressly included in the scope of our services. Our statutory obligations regarding testing, protection, and disclosure remain unaffected. V-Print GmbH | English GTC | 02 November 2026

(3) We shall not be liable for damage or printing defects that can be proven to be attributable exclusively to pre-existing material defects, contaminants, pre-treatment, or inaccurate information provided by the client, and for which we are not responsible. This does not exclude liability for our own breaches of duty.

(4) The Client represents that it is authorized to use the submitted print data, designs, and logos. In the event of valid claims by third parties arising from content provided by the Client, the Client shall indemnify us against any resulting damages and necessary costs in accordance with the statutory requirements, to the extent that the Client is responsible for the infringement.

§ 5 Samples, Approvals, and Quality Agreements

(1) To the extent agreed, samples, reference samples, and drawings approved in writing or in text form shall serve as the basis for the required quality. Deviations shall be accepted only within

expressly agreed tolerances or those customary in the industry, provided that such deviations do not impair the use specified in the contract.

(2) Color shade, gloss, print position, opacity, adhesion, chemical and mechanical resistance, and conditions of use must be specified prior to order fulfillment if they are essential for the intended use. Special resistance or suitability for a specific application is only required if it has been agreed upon or arises from the contractually intended use.

(3) Approval of a sample does not relieve us of responsibility for subsequent deviations from the agreed-upon quality or for defects for which we are liable.

(4) Production-related start-up parts, scrap rates, or excess or short quantities are considered accepted only to the extent expressly agreed upon.

§ 6 Delivery Dates, Shipping, and Transfer of Risk

(1) Delivery dates are binding only if they have been expressly agreed upon as such. The statutory requirements for default and the client's statutory rights remain unaffected.

(2) Force majeure and other events unforeseeable at the time the contract was concluded and for which we are not responsible, which significantly impede or temporarily prevent performance, shall extend agreed performance deadlines appropriately, to the extent permitted by law. We shall inform the Client immediately of any significant delays. Statutory rights of rescission and termination remain unaffected.

(3) The place of delivery, shipping, transportation costs, and the transfer of risk shall be governed by the respective agreement and the statutory provisions applicable to the type of contract. The EXW term shall apply only to the extent that it is valid and objectively relevant.

(4) Partial deliveries and partial invoices are permitted to the extent that they are reasonable for the client. In the event of a delay in acceptance or failure to cooperate, statutory claims for reimbursement of necessary additional expenses shall apply.

§ 7 Inspection and Notice of Defects

(1) To the extent that § 377 of the German Commercial Code (HGB) applies to the respective contract, the customer must inspect the goods immediately upon delivery to the extent practicable in the ordinary course of business and must give notice of any apparent defects without delay. Defects not apparent upon proper inspection must be reported immediately upon their discovery. If no notice of defects is given or if it is given late, the goods shall be deemed approved in accordance with § 377 of the German Commercial Code (HGB). The statutory exceptions, in particular those relating to fraudulent misrepresentation, remain unaffected.

(2) The Customer must inspect the goods to a reasonable extent prior to further processing, assembly, or use. A complaint should be submitted in text form, specifying the order number, lot number, quantity, description of the defect, and, if possible, accompanied by photographic evidence. Text form is not an exclusive condition for the validity of a complaint permitted under § 377 HGB.

(3) In the case of work performed on parts provided by the Customer, we shall notify the Customer of completion and make the work available for acceptance. The Customer is obligated to accept the

work manufactured in accordance with the contract; acceptance may not be refused on the grounds of minor defects. The statutory provisions, in particular § 640 of the German Civil Code (BGB), shall apply. V-Print GmbH | English GTC | 02 November 2026

(4) Upon completion, we may set a reasonable deadline for the client to accept the goods. The legal consequences of a failure to refuse acceptance within this period, specifying at least one defect, are governed by Section 640(2) of the German Civil Code (BGB). A deemed acceptance solely due to the expiration of a flat four-week period is not agreed upon.

(5) To ensure prompt processing, complaints should be submitted, if possible, within four weeks of receipt of the goods or acceptance. This organizational deadline neither extends the obligation to give immediate notice of defects under § 377 of the German Commercial Code (HGB) nor does it curtail any statutory rights in the case of latent defects or work performed. This does not establish a separate limitation period for all defects.

§ 8 Rights in Case of Defects and Subsequent Performance

(1) Statutory rights in case of defects apply to valid claims for defects, unless these Terms and Conditions expressly provide otherwise. We provide no additional voluntary guarantee of quality or durability unless expressly agreed and designated as a guarantee.

(2) In the case of contracts governed by sales law, we may refuse the type of subsequent performance in accordance with the statutory requirements, in particular Section 439(4) of the German Civil Code (BGB). In the case of contracts for work and services, we shall choose, in accordance with Section 635(1) of the German Civil Code (BGB), between remedying the defect and producing a new work.

(3) The client must allow us to inspect the alleged defect and provide us with a reasonable opportunity to remedy the defect. Statutory rights in the event of failure, unreasonableness, the dispensability of setting a deadline, or permissible self- performance remain unaffected.

(4) Subcontracted repair work commissioned without prior consultation does not, in and of itself, give rise to a claim for reimbursement against us. Mandatory statutory rights to self-performance, reimbursement of expenses, and damages remain unaffected.

(5) Withdrawal from the contract due to a minor breach of duty is excluded in accordance with § 323(5), second sentence of the German Civil Code (BGB). This does not generally exclude other rights arising from defects.

(6) With respect to parts provided by the customer, we are obligated to perform the agreed-upon processing, but not to manufacture the parts or guarantee a specific quality of the base material. Our own obligations to inspect, provide notice, and perform remain unaffected.

§ 9 Liability

(1) We bear unlimited liability for willful misconduct and gross negligence, for damages resulting from injury to life, body, or health, under the Product Liability Act, in cases of fraudulent misrepresentation, and to the extent of any warranty expressly assumed.

(2) In cases of simple negligence, we are otherwise liable only for a breach of a material contractual obligation (cardinal obligation) whose fulfillment is essential for the proper performance of the contract and on whose compliance the client may reasonably rely. In this case, liability is limited to the damage typical for this type of contract and foreseeable at the time the contract was concluded.

(3) Otherwise, liability for damages resulting from simple negligence is excluded to the extent permitted by law. The foregoing limitations also apply in favor of our legal representatives, employees, and agents.

(4) Our liability is not limited solely to existing insurance coverage amounts or to insurance benefits actually paid out. Mandatory statutory claims remain unaffected.

§ 10 Limitation Periods

(1) The limitation period for contractual claims for defects in new movable property and in work performed generally is one year from the respective statutory commencement of the limitation period, provided that such a reduction is validly permissible under the specific contractual relationship. V-Print GmbH | English GTC | 02 November 2026

(2) This reduction of the limitation period does not apply to claims arising from willful misconduct, gross negligence, injury to life, limb, or health, fraudulent misrepresentation, a warranty that has been assumed, claims under the Product Liability Act, or cases where longer limitation periods are mandated by law, particularly where relevant statutory regulations governing buildings or building materials are concerned.

(3) For claims for damages arising from the breach of material contractual obligations due to simple negligence, the statutory limitation periods shall apply to the extent that a reduction would be impermissible. Statutory suspension and the restart of the limitation period remain unaffected.

§ 11 Retention of Title

(1) We maintain title to the goods we sell until full payment of all current and future claims arising from the ongoing business relationship to the extent permitted by law. This retention of title does not apply to goods provided by the customer.

(2) The Customer may resell goods subject to retention of title in the ordinary course of business. The Customer hereby assigns to us, as security, the resulting receivables in the amount of the invoice value of the goods subject to retention of title; we accept such assignment. Statutory limitations and the rights of third parties remain unaffected.

(3) The customer remains authorized to collect the assigned claims until further notice. In the event of default in payment or any other material threat to our claims, we may collect the claims ourselves in accordance with the statutory requirements.

(4) If the realizable value of the collateral exceeds the secured claims by more than 10%, we shall, upon request, release collateral of our choice.

(5) The processing, combination, and mixing of goods subject to retention of title shall be governed by statutory provisions; any additional security agreements require separate review.

§ 12 Final Provisions

(1) German law shall apply to the exclusion of the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG), to the extent that such exclusion is permissible.

(2) If the Client is a merchant, a legal entity under public law, or a special fund under public law, the place of jurisdiction shall be Wetzlar, to the extent that such an agreement on the place of jurisdiction is permitted by law. We may also bring an action at the Client's general place of jurisdiction.

(3) Amendments and additions require no more formal requirements than those prescribed by law; individual agreements take precedence. Should any provision be invalid, the statutory provisions shall apply in their place. The validity of the remaining provisions is governed by Section 306 of the German Civil Code (BGB).